

42. Sitzung

Mittwoch, den 30. Januar 2013

Mainz, Deutschhaus

Regierungserklärung der Ministerpräsidentin 2571

Die Regierungserklärung wird von Ministerpräsidentin Malu Dreyer abgegeben.

Am Regierungstisch:

Ministerpräsidentin Malu Dreyer; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Frau Irene Alt, Frau Margit Conrad, Jochen Hartloff, Frau Ulrike Höfken, Dr. Carsten Kühl, Frau Eveline Lemke, Roger Lewentz, Alexander Schweitzer; Staatssekretärin Jacqueline Kraege.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Ulla Brede-Hoffmann, Dr. Norbert Mittrücker, Anna Neuhof, Herbert Schneiders, Ralf Seekatz.

Rednerverzeichnis:

Frau Dreyer, Ministerpräsidentin: 2571
Präsident Mertes:..... 2571, 2583

42. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 30. Januar 2013

Die Sitzung wird um 11:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertens:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seien Sie herzlich willkommen an diesem Morgen. Ich eröffne die 42. Plenarsitzung und darf alle Abgeordneten, die Landesregierung und die Gäste begrüßen.

Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich Frau Dr. Susanne Ganster und Herrn Marcel Hürter. Wir teilen uns die Sitzungsleitung.

Entschuldigt sind für heute die Abgeordneten Ulla Brede-Hoffmann, Dr. Norbert Mittrücker, Anna Neuhof, Herbert Schneiders und Ralf Seekatz.

Dafür ist ein neuer Abgeordneter bei uns, und zwar Marc Ruland als Nachfolger von Herrn Clemens Hoch.

Herr Ruland, erheben Sie sich, damit wir Sie „beklatschen“ können.

(Abg. Ruland, SPD, erhebt sich von seinem Platz –
Beifall im Hause)

Ich begrüße auch den neuen Staatssekretär, Herrn David Langner, der diesem Hause schon einmal angehört hat. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Es ist auch ein Geburtstag zu vermelden. Frau Meurer hatte einen besonderen Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch und einen guten Weg bis zu dem runden Datum!

(Beifall im Hause)

Wir haben heute anlässlich der Regierungserklärung und auch in der morgigen Sitzung Gebärdendolmetscher eingesetzt. Sie können ruhig weiterreden. Das wird alles durch Gebärden übertragen.

Wir wollen künftig bei wichtigen Sitzungen Gebärdendolmetscher einsetzen, damit uns alle verstehen können, insbesondere wenn die Sitzungen nach draußen übertragen werden.

(Beifall im Hause)

Gibt es zur Tagesordnung von Ihnen noch Hinweise oder Wünsche? – Dann ist sie so festgestellt.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung der Ministerpräsidentin

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben das Wort zur Regierungserklärung, bitte schön.

Frau Dreyer, Ministerpräsidentin:

Guten Morgen, meine sehr geehrten Herren, meine sehr geehrten Damen, sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen, liebe Louise Grohme!

Meine sehr geehrten Herren und Damen, Louise Grohme wurde 1996 als viermillionste Rheinland-Pfälerin geboren. Sie ist heute 16 Jahre alt. Ich begrüße sie und ihre Mutter sehr herzlich auf der Besuchertribüne. Ich durfte sie beim Bürgerempfang der Staatskanzlei am letzten Samstag schon kennenlernen.

(Beifall im Hause)

Sie wird erleben, wie unsere Gesellschaft aufgrund der demografischen Veränderungen ein anderes Gesicht erhält. Louise Grohme wird den Wandel, den sie in ihrer Familie, in der Schule, bei der Arbeit und in der Kommune erlebt, selbst mitgestalten. Sie hat aber vor allem Anspruch darauf, dass die Politik heute Verantwortung für morgen übernimmt und wir im Hier und Heute die Zukunft, ihre Zukunft, mit bedenken, damit unser Land für alle Generationen so lebenswert bleibt, wie es ist. Damit die Jungen und Älteren mit Zuversicht an morgen denken. Das ist Ziel und Auftrag meiner Politik.

Dieses Verständnis teile ich mit den Regierungsfraktionen und dem Kabinett. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Unser Ziel ist ein ökologisches, soziales und wirtschaftlich florierendes Rheinland-Pfalz.“ – Unser Bekenntnis gilt „einer Politik, die langfristig denkt, um kommende Herausforderungen zu bewältigen (...) in Verantwortung für die Menschen und den Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen.“

Die rot-grüne Regierungsrarbeit muss mit meiner Regierungserklärung nicht neu erfunden werden. Der Koalitionsvertrag ist die Grundlage meines politischen Handelns. Die Grundlage ist also gelegt, und wichtige Schritte sind getan. Ich freue mich darauf, die Regierungsrarbeit in guter Zusammenarbeit mit meiner Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, mit Eveline Lemke, meiner Stellvertreterin, und dem Kabinett weiter zum Erfolg zu führen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In meiner Regierungserklärung möchte ich mich auf das konzentrieren, was für mich mit Blick auf die Gestaltung unserer Zukunft von ganz besonderer Bedeutung ist, das heißt, auf die Akzente, die ich als Ministerpräsidentin setzen werde. Viele wichtige Themen, die unser Koalitionsvertrag festschreibt, sind bekannt und werden erfolgreich umgesetzt.

Dazu gehört die Innere Sicherheit. Rheinland-Pfalz ist ein offenes, aber auch ein sicheres Land. Das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, liegt bei uns seit vielen Jahren unter dem bundesweiten Durchschnitt. Mit jährlich mindestens 400 Neueinstellungen und einem Angestelltenprogramm stellen wir sicher, dass – wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben – langfristig nicht unter

9.014 Beamtinnen und Beamte bei der Polizei ihren Dienst tun.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Auch bei den Gerichten, den Staatsanwaltschaften und den Justizvollzugsanstalten arbeiten täglich Tausende Menschen mit hohem Engagement. Bürgernähe und die Unabhängigkeit der Justiz sind mir ein hohes Gut.

Ich nenne auch die gesellschaftliche Vielfalt, die Chancengleichheit und die Inklusion. Unser Land steht dafür. Ich nenne die Kultur, die Förderung der kulturellen Vielfalt, die Frauenpolitik, die uns wichtig sind – auch den Verbraucherschutz, die gesunde Ernährung und die Gesundheits- und Pflegepolitik.

Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Innovationsfreude prägen unseren Koalitionsvertrag. Sie sind die Grundlagen dafür, dass wir den jungen Leuten eine Zukunft und den Älteren ein gutes Ältersein ermöglichen können. „Vergessen Sie die Alten nicht!“ – Das haben mir viele ältere Menschen als scheidende Sozialministerin mitgegeben. Natürlich nicht! Gleichzeitig aber wissen die Älteren ganz genau, dass „die Alten nicht zu vergessen“ immer auch heißt, die Jungen im Blick zu haben; denn ihre Zukunft bestimmt auch die Zukunft der Älteren.

Deshalb liegt mein besonderes Augenmerk auf der Jugend, der Bildung, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deshalb werde ich mich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass unsere Wirtschaft dynamisch bleibt, dass sie gute Ausbildungs- und Arbeitsplätze bereithält. Mein Schwerpunkt ist die Gestaltung des demografischen Wandels. Damit wir aber als unterschiedliche Generationen weiter gut in unserem schönen Land leben, müssen wir heute mehr Verantwortung für morgen übernehmen.

Deshalb werde ich an der Schuldenbremse festhalten. Wir brauchen in Zukunft neue Handlungsspielräume. Deshalb werde ich mein Kabinett in Fragen der Energiewende, der Bewahrung der Umwelt und in Nachhaltigkeitsfragen voll und ganz unterstützen. Wir werden mit großer Klarheit die zurzeit anstehenden schwierigen Fragen der Landespolitik lösen.

Rheinland-Pfalz ist auf einem guten Weg und soll es bleiben. Im Geiste der rot-grünen Koalitionsvereinbarung wollen wir Neues wagen. Ich will, dass wir morgen sagen können, es ist ein Land,

- das auf Bildung setzt und neue Chancen bietet,
- ein Land der starken Regionen,
- mit attraktiven Wohn- und Arbeitsplätzen,
- mit guter Arbeit und hoch qualifizierten Fachkräften,
- ein Land der Innovationen, in dem die Wirtschaft und die Wissenschaft kreativ zusammenarbeiten,
- in dem die Menschen, gleich welchen Alters, selbstbestimmt leben,
- ein Land, das auf die Erhaltung und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen achtet,

– das sich noch stärker nach Europa öffnet und sich noch enger mit seinen Nachbarn Luxemburg, Belgien und Frankreich verbindet.

Nicht zuletzt: Ich will, dass wir sagen können, es ist ein Land, in dem die Bürger und Bürgerinnen, die in eine schwierige Lebenssituation geraten sind, aus dieser auch wieder herausfinden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir brauchen sozialen Optimismus, den politischen Willen und die gezielte Gewissheit, gesellschaftliche, gemeinschaftliche Fragen zum Wohle des Ganzen lösen zu können. Wir brauchen und haben die Zuversicht, den demografischen Wandel zum Beispiel so zu gestalten, dass nicht weniger, sondern mehr soziale Gerechtigkeit und Generationengerechtigkeit dabei herauskommen. Diese Zuversicht gibt uns Kraft.

Für dieses Mehr an Sozialem brauchen wir auch ein Mehr an Miteinander. Als Ministerpräsidentin ist mir wichtig zu wissen, was die Bürger und Bürgerinnen denken, was sie wollen. Ich will ihre Meinungen, Argumente, Fragen und Vorschläge anhören und abwägen können. Ich bin offen für kritische Ratschläge und auch für mögliche Korrekturen.

Wir haben in Rheinland-Pfalz eine breite Dialogkultur. An die will ich anknüpfen, sie stärken. Ich will aber noch einen Schritt weitergehen. Ich will neue Formen der Zusammenarbeit von Bürger und Staat. Ich will das staatliche Handeln transparenter machen, die Beteiligung, die politische Partizipation erleichtern, das bürgerschaftliche Engagement weiter stärken und das Gespräch, den Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen pflegen: den Gewerkschaften, der Wirtschaft, den Verbänden, Kirchen und Religionsgemeinschaften, den Medien und vielen anderen wichtigen gesellschaftlichen Gruppierungen.

Wir wollen das laufende Jahrzehnt, meine sehr geehrten Herren und Damen, in dem die geburtenstarken Jahrgängen noch vollständig im erwerbstätigen Alter sind, nutzen, um unsere Finanzen demografiefest zu gestalten. Das ist keine leichte Aufgabe, aber es ist der einzige Weg, um zusätzliche Handlungsspielräume zu schaffen – auch für kommende Generationen, auch für Louise Grohme. Wenn ihre Zukunft sozial, ökologisch und wirtschaftlich leistungsfähig sein soll, müssen wir die Verschuldung heute konsequent zurückführen.

Die rechtlichen Voraussetzungen zur Konsolidierung sind in unserer Verfassung verankert. Wir haben die ersten substanziellen Konsolidierungsschritte im Hinblick auf die Schuldenbremse beschlossen. Die Maßnahmen, sehr geehrte Herren und Damen, sind spürbar. Man erlebt es, wenn man im Land unterwegs ist. Das weiß ich auch aus vielen Briefen und Gesprächen, die ich als Ministerpräsidentin erhalten und geführt habe. Vieles kann ich nachvollziehen. Mit Blick aber auf die Zukunft unseres Landes werde ich als Ministerpräsidentin an den beschlossenen Sparzielen festhalten. Das bedeutet auch, dass in den nächsten Haushalten weitere Einspa-

rungen umzusetzen sind, um das Konsolidierungsziel von 1,2 Milliarden Euro bis 2016 zu erreichen.

Aber auch die Einnahmeseite des Landes muss stimmen. Diese wird maßgeblich durch den Bund bestimmt. Ich sehe Handlungsbedarf in Bezug auf einen Beitrag der Vermögenden. Die Aussetzung der Vermögensteuer seit 1997, die Absenkung der Spitzensteuersätze bei der Einkommensteuer und die Gestaltungsmöglichkeiten bei der Erbschaftsteuer haben Ungerechtigkeiten entstehen lassen. Das muss korrigiert werden. Um die Zukunftsaufgaben finanzieren zu können, müssen die Lasten gerecht verteilt werden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Kommunen können keine weiteren Einnahmeverluste verkraften. Ihre Lage ist schwierig genug. Als Ministerpräsidentin biete ich an: Land und Kommunen Hand in Hand. – Ich habe ein Interesse an starken Kommunen. Ich sage aber auch ganz deutlich: Wir schaffen das nicht alleine und brauchen dazu weiterhin die Unterstützung des Bundes zum Beispiel in Form der im Fiskalpaket mit maßgeblicher Beteiligung von Rheinland-Pfalz vereinbarten Entlastung bei der Eingliederungshilfe.

Seit Langem ist der Finanzierungssaldo der Kommunen negativ. Wir werden das ändern. Spätestens in zwei Jahren werden unsere Kommunen in Rheinland-Pfalz erstmals seit fast einem Vierteljahrhundert in die Lage versetzt, einen positiven Finanzierungssaldo zu erreichen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Enquete-Kommission des Landtages hat dazu inzwischen konkrete Vorschläge und Eckpunkte erarbeitet. Dafür bin ich dankbar. In den kommenden drei Jahren werden wir unseren Kommunen insgesamt eine knappe halbe Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung stellen.

Die großen Soziallasten der kommunalen Haushalte entstehen in den Landkreisen und in den kreisfreien Städten. Um zu gewährleisten, dass das zusätzliche Geld genau dort ankommt, bedarf es im kommunalen Finanzausgleich auch einer horizontalen Korrektur. Dazu schaffen wir eine neue Soziallastenzuweisung. Wir stellen so bereits 2014 mit einem Volumen von rund 200 Millionen Euro anstelle des bisherigen Soziallastenansatzes in Höhe von 48 Millionen Euro gemäß dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs die Umverteilung für die Soziallasten auf ein ganz neues Fundament. Die neue Soziallastenzuweisung bewirkt eine gerechtere Verteilung der Mittel.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Dabei stellen wir sicher, dass jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt zukünftig mehr Geld im Haushalt haben wird. Das Land wird einen eigenen spürbaren Beitrag leisten.

Meine sehr geehrten Herren, meine sehr geehrten Damen, wer in Rheinland-Pfalz in Gemeinden und Landkreisen unterwegs ist, sieht heute schon, was der demografische Wandel bedeutet. Die Menschen werden immer älter – und das ist ein Geschenk. Die Zahl der jungen Menschen nimmt ab, wir werden weniger. Tatsächlich handelt es sich um eine tiefgreifende Veränderung, die unserer Gesellschaft mehr und mehr ein neues Gesicht gibt.

Der demografische Wandel hat Auswirkungen auf alle Bereiche unserer Gesellschaft, auf die Familien, das Wohnen, die Arbeit, die Wirtschaft, die Bildung und die Infrastruktur. Überall gibt es Gestaltungsaufgaben und Gestaltungschancen. Regional wird die Entwicklung sehr unterschiedlich verlaufen. In einigen Regionen – wie in Landau, Mainz oder Trier – wird die Bevölkerung bis 2030 voraussichtlich zunehmen. In anderen geht sie zurück.

Bei der Gestaltung des demografischen Wandels ist die Landesregierung gemeinsam mit den Kommunen gefordert, spezifische Lösungen für unterschiedliche Bedarfe zu erarbeiten. Ob auf dem Land oder in der Stadt, ob Jung oder Alt – wir wollen, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz weiter gut leben. Wir wollen keine Entscheidungen, die die Älteren oder die Jungen benachteiligen. Wir brauchen Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Zu einer zukunftsgerechten Gestaltung gehören auch der Schutz und die verantwortungsvolle Nutzung der Natur – eine der Stärken unseres schönen Landes.

Auch unsere Kinder haben das Recht auf ein Leben in einer intakten Umwelt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung wird einen Nationalpark in unserer einzigartigen Hunsrücklandschaft unterstützen. Im Gleichklang von Naturschutz und nachhaltiger Tourismus- und Regionalentwicklung liegen die Chancen dieser Region.

Es ist das Ziel der Landesregierung, die ländlichen Räume aufgrund ihrer Stärken nachhaltig zu entwickeln. Regionale Wertschöpfung ist deshalb auch die Leitlinie unserer Landwirtschafts-, Weinbau- und Waldpolitik. Unsere Bauern, Winzer und Waldbesitzer erbringen erhebliche gesellschaftliche Leistungen. Wir begrüßen, dass die EU bei der Förderung der ländlichen Räume Schwerpunkte beim Klimaschutz, bei Agrarumweltmaßnahmen und bei der Bürgerbeteiligung setzt.

Zur ethischen Verantwortung im Umgang mit der Natur zählt natürlich auch der Tierschutz. Hier ist Rheinland-Pfalz immer Vorreiter gewesen. Wir werden uns im Bundesrat weiter für eine Verbesserung einsetzen und in Rheinland-Pfalz das Verbandsklagerecht einführen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Herren, meine sehr verehrten Damen, Demografiepolitik hat in Rheinland-Pfalz einen besonderen Stellenwert. Rheinland-Pfalz war 2011 das erste Bundesland, das ein eigenes Demografie-Ministerium geschaffen hat. Um die Bedeutung, die diese Aufgabe für mich hat, zu unterstreichen, werde ich darüber hinaus ein Demografie-Kabinett ins Leben rufen, damit sich die ganze Landesregierung regelmäßig mit diesem Schwerpunkt beschäftigt.

Auch die Kommunen haben längst begonnen, sich auf den demografischen Wandel einzustellen. Die meisten haben die nicht einfache Aufgabe, kommunale Dienstleistungen bei sinkender Einwohnerzahl weiter in guter Qualität zu erbringen. Das wird durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien schneller und einfacher möglich. Auch die Optimierung der Gebietsstrukturen hilft den Kommunen bei der Gestaltung des demografischen Wandels.

Durch unsere sehr kleinteilige Ortsgemeindestruktur ist die kommunale Ebene besonders bürgernah. Der Erhalt dieser Bürgernähe bleibt uns ein wichtiges Anliegen. Dennoch müssen unsere Kommunen auch von der Größe her handlungsfähig bleiben. Die erste Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform hat sich deshalb vor allem auf Neugliederungen von verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden erstreckt. Daran halten wir fest.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die von mir geführte Landesregierung ist aber offen für konstruktive und machbare Alternativen. Dafür bieten wir Unterstützung durch eine Moderation vor Ort an. Wir wollen auch solche Modelle unterstützen, bei denen die betroffenen Orts- und Verbandsgemeinden eine sinnvolle Neuordnung über Kreisgrenzen hinweg anstreben, ohne damit eine vorgezogene Änderung der Kreisgrenzen zu verbinden. Dabei unterstützen wir die Lösungsvorschläge, die vor Ort mitgetragen werden und die nicht zu Insellösungen, sondern zu einem für das Land tragbaren Gesamtkonzept führen. Gemeinwohl, Bürgerwille und zukunftsfeste Strukturen sind der Dreiklang, dem wir hier folgen wollen.

Mit der zweiten Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform ab dem Jahr 2014 möchten wir auch die Gebiets- und Verwaltungsstrukturen der Landkreise und kreisfreien Städte demografiefest machen. Dabei sollen die Erfahrungen anderer Länder einfließen. Ich biete den kommunalen Spitzenverbänden – ich betone: ohne Vorbehalte – an, Impulse und neue Ideen zu entwickeln und mit zu gestalten. Dabei ist mir die Zusammenarbeit mit der Opposition wichtig. Ich lade sie ausdrücklich, und zwar von Anfang an, dazu ein.

In der zweiten Stufe sind mir drei Schwerpunkte besonders wichtig: erstens das Stadt-Umland-Problem und zweitens die Vertiefung der Aufgabenkritik. Welche Aufgaben sollen auch in Zukunft zwingend staatlich gelöst, welche aufgegeben und welche anderen Trägern übertragen werden? Ob und wie können Aufgaben besser, effektiver und kostengünstiger gelöst werden? Der Beteiligung der Bürger und der Fachleute wird dabei

eine besonders wichtige Rolle zukommen. Drittens: Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung. Wir werden beispielsweise fragen, welche Gesetze aufgehoben werden können, weil sie ihren Zweck erfüllt haben.

Um den demografischen Wandel zu gestalten, möchte ich auch die Förderpolitik des Landes neu ausrichten. Dazu ist es unerlässlich, dass Kommunen stärker kooperieren und regionale Entwicklungskonzepte erarbeiten, die sich an den gemeinsamen Bedürfnissen orientieren. Die regionalen Entwicklungskonzepte sollen auf Basis von moderierten Beteiligungsprozessen entstehen. So können Prioritäten gesetzt und passgenaue Lösungen gefunden werden. Die Bürger und Bürgerinnen wissen am besten, wie sich die Bedarfe in einer Region aufgrund des demografischen Wandels ändern.

Mit dieser bürgernahen regionalen Strategie geht die Landesregierung neue Wege in der Entwicklung ländlicher Räume. Die Landesregierung wird das Konzept zunächst in Schwerpunktregionen starten.

Der demografische Wandel führt auch beim Wohnen zu großen Veränderungen. Die Zahl der allein lebenden Menschen – sowohl der älteren als auch der jüngeren – wird weiter zunehmen. Die Landesregierung unterstützt den Wunsch vieler Menschen, auch bei Unterstützungs- und Pflegebedarf weiter zu Hause zu wohnen. Dazu brauchen sie vermehrt barrierefreie Wohnungen. Wir helfen durch unsere landesweiten Beratungsstellen, und wir kämpfen mit allen anderen Ländern für die Neuaufgabe eines bundesweiten Förderprogramms durch die KfW.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Entwicklung in Stadt und Land verläuft sehr unterschiedlich. In Mainz und Trier zum Beispiel wird der Wohnraum knapp und dementsprechend teuer. Hier müssen wir gegensteuern. Im Bundesrat setzen wir uns ganz aktuell für die stärkere Deckelung der Mietpreissteigerungen ein.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung legt auch ein eigenes Wohnraumförderungsgesetz vor, welches Bündnisse für soziale Wohnungspolitik vorsieht. Dabei stellt das Land finanzielle Mittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. Die Kommune schafft die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen, und die Wohnungsbaugesellschaften bauen oder sanieren Wohnungen.

In der Vergangenheit bin ich sehr viel zum Thema „Gut leben im Alter“ in unserem Land unterwegs gewesen. Dabei haben mir viele Menschen ihren Wunsch nach gemeinschaftlichem Wohnen und aktiver Nachbarschaft mitgegeben. Sie wollen selbstbestimmt leben, aber nicht allein. Ich habe die Vision, dass in jeder Kommune in unserem Land gemeinschaftliche Wohnprojekte entstehen, damit Menschen jeden Alters – Arme und Reiche,

Menschen mit und ohne Behinderung – zusammenleben können, wenn sie es wollen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Gerade im ländlichen Raum gibt es mehr und mehr ungenutzte Immobilien, die dafür prädestiniert sind. Das Land wird seine Beratungs- und Förderpolitik auf diese neuen Nachbarschaften einstellen. Wir werden die Gründung von Genossenschaften unterstützen, die sich gemeinschaftliches Wohnen zum Ziel setzen.

Rheinland-Pfalz verfügt landesweit über eine gute medizinische und pflegerische Versorgung. Dazu beigetragen haben der Masterplan zur hausärztlichen Versorgung, das Geriatriekonzept, die „Initiative Gesundheitswirtschaft“ und das neue Förderprogramm zur Unterstützung von Pflege-Wohngruppen.

Mit dem Projekt „Gesundheit und Pflege 2020“ wollen wir schwerpunktmäßig dafür sorgen, dass die medizinische und pflegerische Versorgung auch in ländlichen Regionen sichergestellt bleibt. Gerade dort sind aufgrund der abnehmenden Bevölkerungsdichte neue Versorgungsmodelle nötig. Die Landesregierung wird bis Mai ein Konzept für medizinische Gesundheitszentren in diesen Regionen vorlegen.

Eine der heute schon spürbaren Auswirkungen des demografischen Wandels ist der steigende Bedarf an Fachkräften in einzelnen Branchen und Regionen. Aufgrund der zunehmenden Technologisierung und Digitalisierung der Arbeitswelt geht es dabei nicht nur um die Sicherung einer genügenden Anzahl von Fachkräften, sondern auch um das Niveau ihrer Qualifikation.

Der Ovale Tisch für Ausbildung und Fachkräftesicherung bleibt für mich ein wichtiges Instrument. Er wird in diesem Frühjahr eine landesweite Fachkräfteinitiative vorlegen. Daran arbeiten die Partner am Ovalen Tisch: die Gewerkschaften, die Kammern, die Arbeitgeberverbände, die Bundesagentur für Arbeit und die zuständigen Minister und Ministerinnen der Landesregierung.

Gemeinsam tragen wir Verantwortung dafür, jungen Menschen Aufstiegschancen zu eröffnen. Deshalb steht die Landesregierung weiter zur Durchlässigkeit und Gebührenfreiheit unseres hochwertigen Bildungssystems.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Deshalb wollen die Partner am Ovalen Tisch erreichen, dass alle jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung abschließen. Ich will für jeden jungen Menschen im Land eine Ausbildungsgarantie. Dafür will ich unsere Partner am Ovalen Tisch gewinnen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In Rheinland-Pfalz gibt es zurzeit keinen flächendeckenden Fachkräftemangel, ungedeckten Bedarf aber zum Beispiel bei den Ingenieuren und in der Gesundheits-

wirtschaft. Wie wir es bereits bei den Gesundheitsberufen gemacht haben, werden wir gemeinsam mit unseren Partnern ein branchen- und regionenbezogenes Monitoring aufsetzen.

Darüber hinaus will ich die Attraktivität des Standorts Rheinland-Pfalz offensiver kommunizieren und über die Grenzen unseres Landes hinaus um Fachkräfte werben. Rheinland-Pfalz steht in zunehmendem Wettbewerb um die klugen Köpfe. Mit einer Kommunikationsinitiative will ich gezielt für unser Land als gutem Ort zum Leben und Arbeiten werben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Herren, meine sehr verehrten Damen, ich will die Potenziale benennen, die für die Sicherung des Fachkräftebedarfs wichtig sind: Das sind die jungen Menschen, die einen guten Start ins Arbeitsleben mit sicheren Perspektiven brauchen. Das sind die gut und hoch qualifizierten Frauen, die bessere Arbeitsbedingungen brauchen, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, weniger prekäre Beschäftigung, flexiblere Arbeitszeiten und mehr Aufstiegschancen. Das sind die Migrantinnen und Migranten und die Zuwanderer aus dem Ausland. Sie sind uns willkommen, sie sind für jedes Unternehmen ein Gewinn und für unsere Gesellschaft eine ganz große Bereicherung.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die anstehende Umsetzung des Bundesgesetzes über die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen betrifft heute schon etwa 15.000 Menschen in Rheinland-Pfalz.

Ein wichtiges Ziel bleibt, arbeitslose Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, bevor sich Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt. Wir wollen eine zweite Chance für die Menschen. Zudem müssen wir mit Blick auf die Beschäftigung Älterer kreativer werden. Hier steht den Betrieben unser weiterentwickeltes „Kompetenzzentrum Zukunftsfähige Arbeit“ an der Fachhochschule Ludwigshafen zur Seite. Es berät und unterstützt, wenn es um Gesundheitsmanagement, um altersgerechtes Arbeiten oder um den absehbaren Personal- und Qualifikationsbedarf geht.

Teilhabe am Arbeitsleben und faire Arbeitsbedingungen sind aus meiner Sicht entscheidende Voraussetzungen für Lebensqualität und Selbstentfaltung. Für die Landesregierung sind sie eine Kernfrage sozialer Gerechtigkeit. Sie liegen aber auch im ureigenen Interesse der Wirtschaft; denn nur mit sicherer Arbeit und guten Löhnen ist der Standort Rheinland-Pfalz für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen attraktiv.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Rheinland-Pfalz hat seit Jahren die drittniedrigste Arbeitslosenquote insgesamt, bei der Jugendarbeitslosigkeit und bei den Älteren. Der Arbeitsmarkt ist robust, und

noch nie waren so viele Menschen in Beschäftigung in unserem Land.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Minijobs!)

Wir haben aber auch Beschäftigungsformen, die wir auf Dauer nicht akzeptieren wollen: Minijobs, prekäre Beschäftigung, Werkverträge, unbezahlte Praktika nach dem Studium. Die Landesregierung hat sich aktiv dafür eingesetzt, gute Voraussetzungen für sichere und angemessene bezahlte Arbeit zu schaffen, hier in Rheinland-Pfalz mit dem Landestariftreuegesetz, auf Bundesebene mit dem unablässigen Eintreten für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Dazu gehören auch unsere Initiativen zur gleichen Bezahlung von Männern und Frauen und zur Begrenzung von Werkverträgen. Im Bundesrat werden wir uns weiter verstärkt dafür einsetzen, dass Arbeit nicht entwertet wird und die Menschen von ihrer Arbeit auch anständig leben können.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Der Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz lebt auch von der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Ich sehe es als Chance, dass Rheinland-Pfalz vor wenigen Tagen die Präsidentschaft der Großregion übernommen hat. Wenn ich den Arbeitsmarkt in der Großregion in den Mittelpunkt meiner Gipfelpräsidentschaft stelle, dann geht es mir vor allem um grenzüberschreitende Antworten auf den Wandel von Beschäftigung und Arbeitswelt.

Meine sehr geehrten Herren, meine sehr geehrten Damen, unsere prosperierende Wirtschaft mit gut ausgebildeten Fachkräften und sicheren Arbeitsplätzen ist die beste Basis für die gedeihliche Entwicklung unseres Landes. Die Unternehmen in Rheinland-Pfalz haben einzigartige Stärken, die unser Land im nationalen und internationalen Wettbewerb hervorragend positionieren. Der Mittelstand, kleine und mittlere Unternehmen und Familienunternehmen, prägt unsere Wirtschaft, darunter vergleichsweise viele „Hidden Champions“, Weltmarktführer in ihren Produkten und Dienstleistungen.

Zu den Vorteilen unseres Wirtschaftsstandorts gehört auch eine starke Industrie, vor allem aber das Zusammenwirken von Industrie, innovationsstarkem Mittelstand und produktionsbegleitenden Dienstleistungen. Das wollen wir weiter stärken. Im „Dialog Industrieentwicklung“ verständigen sich die Wirtschaftsverbände, die Kammern, die Gewerkschaften und die Landesregierung über die Rahmenbedingungen einer nachhaltigen erfolgreichen Industrieentwicklung.

Bei Unternehmensgründungen ist unser Land besonders erfolgreich, unter den Flächenländern sogar auf Platz 1. Gerade in den Zukunftsbranchen sind wir dabei, neue Chancen zu schaffen: in der Gesundheitswirtschaft, dem Tourismus, der Logistik, der Kultur- und Kreativwirtschaft, bei den IT-Dienstleistungen. Deshalb unterstützt die Landesregierung in Innovationsfeldern die Vernet-

zung und Kooperation der Unternehmen und Hochschulen in Clustern.

Die Landesregierung trägt Verantwortung für große Infrastrukturprojekte, die hier im Landtag und in der Öffentlichkeit kritisch diskutiert werden. Ich verstehe diese Kritik, will aber auch deutlich machen, wie wir aus Fehlern lernen.

(Bracht, CDU: Da bin ich gespannt!)

Unsere Erfahrung mit dem Nürburgring in Bezug auf Beihilfen veranlasst mich, den Dialog und die Zusammenarbeit auf der Ebene der Europäischen Union zu verstärken; denn die europäische Beihilfenkontrolle macht es uns nicht immer leicht, unserer gesellschaftlichen Verantwortung für die regionale Wirtschaftsstruktur gerecht zu werden. Die Europäische Kommission betrachtet Infrastrukturprojekte immer häufiger aus einem engen wettbewerbspolitischen Blickwinkel. Mein Ziel ist, ihr die regionalwirtschaftliche Bedeutung unserer Infrastrukturprojekte und die Auswirkung von Kommissionsentscheidungen auf die betroffenen Regionen bewusst zu machen. Auf dieser Grundlage müssen dann gemeinsame Lösungen gefunden werden. Dabei sind unsere regionalpolitischen Erfordernisse und die wettbewerbspolitischen Ansprüche der Kommission zu einem für alle Seiten guten Ausgleich zu bringen.

Am Nürburgring ist im vergangenen Jahr eine Zäsur eingetreten. Die Besitzgesellschaft musste Insolvenz anmelden. Der Sanierungsgeschäftsführer arbeitet nun mit großer Stringenz, Klarheit und Offenheit daran, die Grundlagen für die Zukunft des Nürburgrings zu schaffen. Wir werden das uns Mögliche tun, um die europarechtlichen Spielräume zur Gestaltung der Zukunft des Nürburgrings mit der Kommission abzustimmen. Ich wünsche mir eine gute Zukunft für den Nürburgring.

(Licht, CDU: Wir schon länger!)

Er hat das Potenzial zum Motor für die regionale Wirtschaft. Die Herausforderungen sind weiterhin groß, die Chancen für die ganze Region aber auch.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Auch wenn die Aktivitäten am Nürburgring nun dem direkten politischen Einfluss entzogen sind, werden wir uns dafür einsetzen, den Nürburgring für die Region zu sichern.

(Licht, CDU: So ganz nicht!)

Er bietet den Menschen dort Arbeit und ist ein Anziehungspunkt weit über die Region hinaus. Wir wollen den Mythos Nürburgring erhalten.

Der Flughafen Hahn ist wichtig, nicht nur für den Hunsrück. Er ist eines unserer herausragenden Infrastrukturprojekte. Der frühere Militärflughafen hat sich nach seinem zivilen Neubeginn innerhalb kurzer Zeit rasant entwickelt und ist heute Beschäftigungsmotor der Region. Aber die Lage am Flughafen ist wirtschaftlich

schwierig. Die Geschäftszahlen haben sich verschlechtert.

Der Flughafen braucht im Betrieb eine konsequente Umstrukturierung sowie Liquidität, bis diese Umstrukturierung greift und die Europäische Kommission über neue Flughafenleitlinien entschieden hat. Wir haben bereits den Dialog mit der Kommission begonnen, um den weiteren Weg zu besprechen.

Als Signal in die Region und an die Kollegen und Kolleginnen der Betriebsräte: Wir werden alle Kraft daransetzen, dem Hahn auch weiterhin eine gute Zukunft zu ermöglichen.

Ich freue mich, dass es im Parlament eine große Einigkeit darüber gibt, dass wir gemeinsam schauen müssen, den guten Weg mit der Kommission zu finden, um dem Hahn diese Zukunft zu sichern.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, wird die Landesregierung eine Infrastrukturpolitik verfolgen, die nachhaltige Mobilität sichert und den öffentlichen Verkehr stärkt.

Verkehrsprojekte sind wichtige Infrastrukturprojekte für unsere exportorientierte Wirtschaft und die Mobilität im ländlichen Raum. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass wir Verlässlichkeit, Planungssicherheit und einen realistischen Blick auf die Kosten brauchen. Wir sind uns in vielen Projekten einig und haben im Koalitionsvertrag ein gutes Fundament. Da, wo es unterschiedliche Auffassungen gibt, ist der Weg zu einer Einigung einvernehmlich beschrieben. Die Landesregierung wird rechtzeitig definieren, welche Projekte für den nächsten Bundesverkehrswegeplan angemeldet werden. Ich bin sicher, dass wir uns auf gute Lösungen verständigen werden.

(Licht, CDU: Auch bei der A 1?)

Wir wollen den aktiven Lärmschutz bei allen Verkehrsträgern ausbauen. Mit einer Bundesratsinitiative zum Fluglärm werden wir einfordern, dass der Lärmschutz schon bei Genehmigungsentscheidungen ein wesentlich stärkeres Gewicht erhält.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Festlegung von Flugrouten muss künftig in einem öffentlichen Verfahren mit Bürgerbeteiligung und Klagerchten erfolgen. Im Übrigen muss das Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen strikt eingehalten werden.

Die Verlagerung des Schienengüterverkehrs aus dem Mittelrheintal ist nicht nur eine unbedingt erforderliche Entlastung der Bürger und Bürgerinnen vom Lärm, sie ist auch ein wichtiges Vorhaben für den Güterverkehr. Die Landesregierung wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass der Bund endlich konkrete Planungsschritte und einen Zeitplan für eine Alternativtrasse vorlegt.

Zukunft gewinnen wir durch Innovation, indem aus einer guten Idee ein gutes Produkt oder eine gute Dienstleistung wird. Innovation ist für mich ein Schlüsselbegriff für wirtschaftliche Entwicklung. Deshalb will ich eine neue Transfer-Initiative anstoßen, die die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft verbessert und den unkomplizierten Austausch ermöglicht.

Gemeinsam mit dem Wirtschafts- und dem Wissenschaftsministerium will ich einen regelmäßigen Austausch über den Stand der wissenschaftlichen Forschung und den unternehmerischen Bedarf führen. Die Clusterstrategie des Landes will dies künftig stärker berücksichtigen. Zudem wird das Land die organisatorischen Voraussetzungen schaffen, die die Wissenschaft mit mittelständischen Unternehmen zusammenbringen und den Informationsaustausch verbessern sollen. Noch in diesem Jahr will ich zu einem „Forum Technologietransfer“ einladen.

Meine sehr geehrten Herren, meine sehr geehrten Damen, die Landesregierung unterstützt innovative und flexible Instrumente und Handlungsstrategien, die das Unternehmertum im ländlichen Raum fördern. Ich begrüße deshalb das Schwerpunktprojekt Wirtschaft im ländlichen Raum der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz. Im Rahmen dieses Schwerpunkts möchte ich anregen, eine Initiative „Land der starken Regionen“ ins Leben zu rufen. In Dialogforen für die regionale Wirtschaft und Politik vor Ort könnten Wege zur Stärkung der regionalen Unternehmen herausgearbeitet werden.

Die Regierungskoalition hat sich das Ziel gesetzt, den sozial-ökologischen Wandel zu gestalten. Damit haben die Dimensionen der Nachhaltigkeit – ökonomische, soziale und ökologische Verantwortung – eine besondere Bedeutung. Sie werden in ein paar Jahren Standard sein, die über den Erfolg der Unternehmen auf dem Markt und über die Akzeptanz bei Mitarbeitern und Kunden entscheiden. Nachhaltigkeit ist ein Wettbewerbsvorteil.

Die Landesregierung möchte, dass nachhaltiges Unternehmertum ein Markenzeichen der rheinland-pfälzischen Wirtschaft und zu einem weltweiten Exportvorteil wird. Viele kleine und mittlere Unternehmen haben sich bereits längst auf diesen Weg gemacht. Ich will gemeinsam mit allen Akteuren ein offenes „Netzwerk nachhaltige Unternehmen“, das dafür wirbt, dass Unternehmen ihren Betrieb und ihre Produkte nachhaltig ausrichten. Auch hier sehe ich einen Weg über die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz, den Austausch der Betriebe über gute Beispiele anzustoßen.

Meine sehr geehrten Herren und meine sehr geehrten Damen, ich sende ein klares Signal an die Wirtschaft. Wirtschaftlicher Erfolg ist ein wichtiges Ziel bei meiner Politik. Ich bin überzeugt, dass wirtschaftlicher Erfolg nur in einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft nachhaltig möglich ist. Wichtig sind mir Begegnungen, Gespräche und die Zusammenarbeit mit den großen und kleinen Unternehmen in unserem Land, mit dem Handwerk, der Landwirtschaft, dem Weinbau und den freien Berufen. Ich will Ihnen allen, Unternehmen, Kammern und Verbänden, eine aufmerksame Begleiterin und eine verlässliche Ansprechpartnerin sein.

Und ich sende ein klares Signal an die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und ihre Vertretungen, die Gewerkschaften und die Betriebs- und Personalräte. Die Mitbestimmung und die verantwortungsvolle Mitwirkung der Personal- und Betriebsräte tragen wesentlich dazu bei, Beschäftigung und Gute Arbeit zu sichern. Sie sind Garant für Arbeitnehmerrechte. Deshalb stehe ich auch in Zukunft an Ihrer Seite.

Ich lade die Gewerkschaften und die Personalräte der Landesregierung ein, mit uns gemeinsam an Perspektiven zu arbeiten, die das Land als attraktiven und konkurrenzfähigen Arbeitgeber stärken.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Mit der Energiewende hat die Landesregierung ein großes Vorhaben in Angriff genommen, das Generationen übergreift und Gesellschaft und Wirtschaft verändern wird. Der Schutz des Klimas und die Bewahrung von Mensch und Natur sind für die Landesregierung grundlegende Werte. Deshalb wollen wir unseren Stromverbrauch bis zum Jahr 2030 bilanziell zu 100 % aus erneuerbaren Energien decken.

Unser Konzept heißt dezentral statt zentral. Dezentrale Energieerzeugung spart Kosten beim Netzausbau und verringert Energieverluste beim Transport. Eine Energieversorgung aus eigenen regenerativen Quellen in einem Netz innerhalb Europas schafft mehr Unabhängigkeit bei der Versorgung mit Rohstoffen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Nicht zuletzt tut es auch der Wirtschaft gut; denn die Energiewende schafft Arbeitsplätze.

Mit der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV ermöglichen wir den zügigen und geordneten Ausbau der Windenergie. Sie ist die leistungsfähigste unter den erneuerbaren Energien. Es ist nicht Aufgabe des Landes, über einzelne Standorte von Windkraftanlagen zu entscheiden. Das kann nur – innerhalb dieses Rahmens – vor Ort in den Kommunen geschehen. Für die Akzeptanz der Energiewende vor Ort ist es allerdings auch notwendig, die Bürgerinnen und die Bürger aktiv zu beteiligen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Im Vergleich der Länder liegt Rheinland-Pfalz auch beim Ausbau der erneuerbaren Energien gut im Rennen. Im ersten Halbjahr 2012 lagen wir beim Zubau von Windenergie auf dem dritten Platz, beim Neubau von Windkraftanlagen waren wir führend unter den deutschen Binnenländern. Für eine verlässliche Energieversorgung müssen wir Stromerzeuger, -speicher und -verbraucher intelligent miteinander vernetzen. Beim Ausbau der Übertragungsnetze, meine sehr geehrten Herren und Damen, liegt Rheinland-Pfalz im Plan.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Ich weiß, dass die Energiewende und der zügige Ausbau der erneuerbaren Energien auch kritisch gesehen werden – gerade in der Wirtschaft. Das nehme ich ernst und werde mich gemeinsam mit der Wirtschaftsministerin damit auseinandersetzen; denn eine leistungsfähige Energieversorgungsinfrastruktur und bezahlbare Energie sind wesentliche Grundlagen wirtschaftlichen Erfolgs. Mir ist es wichtig, dass wir die Chancen, die die Energiewende uns bietet, mutig nutzen, um Impulse für den Standort Rheinland-Pfalz zu sichern.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Steigende Energiepreise treffen besonders Menschen mit geringen Einkommen. Wir wollen auf verschiedenen Wegen Abhilfe schaffen. Einen Baustein hat die Energieministerin vor 14 Tagen zusammen mit der Verbraucherschutzzentrale präsentiert. Das Pilotprojekt, das zunächst in Mainz startet, erarbeitet ganzheitliche Lösungen für in Zahlungsschwierigkeiten geratene Verbraucher und Verbraucherinnen.

(Bracht, CDU: Nur Reparatur!)

Das Thema „Energiekosten“ wird zunehmend zu einem Thema der sozialen Gerechtigkeit. Wir werden eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen, die die Bundesregierung auffordert, ein Programm aufzulegen, unter anderem mit dem Ziel, die Anschaffung von energieeffizienten Elektrogeräten für Transferempfänger zu unterstützen und die Preissteigerungen von Strom und Wärme in der Grundsicherung, bei der Sozialhilfe und beim Wohngeld auszugleichen.

(Bracht, CDU: Das ist doch nur Reparatur!)

Das ist nichts Neues. Wir haben das auch in den Verhandlungen zu Hartz IV bereits versucht umzusetzen. Damals ist das leider an der Bundesregierung gescheitert.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Herren und Damen, wenn wir es ernst meinen, den demografischen Wandel gemeinsam zu gestalten, müssen wir den jungen Menschen, die im Verhältnis zu den Älteren weniger werden, eine stärkere Stimme geben.

Die Generation von Louise Grohme muss auch aufgrund der veränderten Alterszusammensetzung der Wahlberechtigten bei politischen Entscheidungen mehr Gewicht bekommen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Deshalb tritt die Landesregierung für das Wahlalter ab 16 Jahren ein.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich lade die Opposition noch einmal dazu ein, gemeinsam zu reflektieren.

Meine sehr geehrten Herren und Damen, mir ist wichtig, junge Menschen in die Landespolitik einzubeziehen. So haben Jugendliche im ganzen Land in dem Projekt „Jugendforum.rlp“ Ideen und Vorschläge für die Gestaltung wichtiger Politikfelder gesammelt. Der Ministerrat wird sich in einer eigenen Sitzung mit ihren Forderungen auseinandersetzen. Dabei wird es aber nicht bleiben. Ich möchte mich kontinuierlich mit jungen Menschen beraten und sie zum Gespräch in die Staatskanzlei einladen.

Wir orientieren unser Familienbild an der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Familie ist da, wo Kinder sind, wo Lebenspartner oder Generationen verlässlich füreinander eintreten. Wir wollen es Paaren leichter machen, sich ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Dazu brauchen sie gute und verlässliche Betreuungsangebote, familiengerechte Arbeitszeiten und finanzielle Entlastung.

Der Rechtsanspruch für Kinder unter drei Jahren auf einen Betreuungsplatz ist in Rheinland-Pfalz noch nicht erfüllt. Das gilt für die gesamte Bundesrepublik Deutschland. Wir streben eine Betreuungsquote von mindestens 39 % an. Die Koalitionspartner sind sich einig, die Kommunen beim U3-Ausbau stärker als bisher finanziell zu unterstützen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Dazu wird die Landesregierung in Kürze einen Vorschlag unterbreiten.

Rheinland-Pfalz ist ein besonders kinderfreundliches Land. Bundesweit einmalig ist, dass Eltern in Rheinland-Pfalz seit 2010 keine Beiträge mehr für den Kita-Besuch bezahlen. Durchschnittlich werden die Eltern und damit die Familien jährlich um 740 Euro je Kind entlastet.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist heute eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Wir brauchen innovative Ansätze für flexible Kinderbetreuung, mehr Zeitsouveränität für Familien und eine an den Lebensphasen orientierte Personalpolitik. Das sind die Themen, um die wir uns auch in den kommenden Jahren intensiv kümmern werden.

Unsere Gesellschaft wird immer vielfältiger. Wir sehen die Unterschiedlichkeit und Verschiedenheit der Menschen als Chance und fördern ihre Potenziale. Wir wenden uns entschieden gegen Benachteiligung.

Zur Akzeptanz von Vielfalt gehört für uns auch ein wirksamer Diskriminierungsschutz. Niemand darf wegen seines Geschlechts, einer Behinderung, des Alters, der sexuellen Orientierung, der Religion oder Weltanschauung benachteiligt werden. Mit unserem Landesaktionsplan setzen wir uns für die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher und queerer Lebensweisen sowie mit dem „Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz“ für

Akzeptanz, Gleichstellung und Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen ein.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das hervorragende Bildungssystem ist Markenzeichen unseres Landes. Wir setzen auf Bildungsteilhabe und gleiche Bildungschancen für alle. In Rheinland-Pfalz soll die soziale Herkunft nicht über den Bildungserfolg entscheiden. Deshalb bleibt es bei der Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Kein Kind, kein junger Mensch darf zurückgelassen werden!

Eine Schulstruktur mit der Realschule plus, mit Integrierten Gesamtschulen, die ausgebaut werden, und den Gymnasien ist in Rheinland-Pfalz Garant für Aufstiegsorientierung und Chancengleichheit. Aufstieg durch Bildung, dafür steht die Landesregierung.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Dafür stehen die Fachoberschulen an den Realschulen plus und die vielfältigen Möglichkeiten an unseren berufsbildenden Schulen. Ich bin stolz darauf, dass wir als Ganztagschulland bundesweit Aufmerksamkeit erzielt und Nachahmer gefunden haben.

Die Verbesserung der Unterrichtsversorgung ist eines unserer wichtigsten bildungspolitischen Ziele. Bis 2016 sind dafür rund 500 Stellen fest eingeplant. Darüber hinaus wollen wir die Kontinuität in der Lehrkräfteversorgung und die Beschäftigungsbedingungen für junge Lehrkräfte deutlich verbessern, indem wir den Vertretungspool auf 1.000 feste Beamtenstellen ausbauen. Trotz notwendiger Einsparungen werden wir im Laufe der Legislaturperiode mehr Geld pro Schüler und Schülerin ausgeben und die Schüler-Lehrer-Relation bis zum Schuljahr 2016/17 deutlich verbessern.

Medienkompetenz gehört zu den Kulturtechniken, die man beherrschen muss, um selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Deshalb bleibt die Vermittlung von Medienkompetenz für die Landesregierung ein integraler Bestandteil von Bildung.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ein wichtiger Baustein ist das Programm „Medienkompetenz macht Schule“, das dem Kompetenzerwerb der Schülerinnen und Schüler, der Lehrkräfte und der Eltern dient und auch Maßnahmen zum Ausbau des Jugendmedienschutzes enthält. Bis heute haben wir bereits über 440 Schulen in Rheinland-Pfalz mit moderner Hard- und Software ausgestattet, und es geht weiter. Wir wollen noch in dieser Legislaturperiode möglichst alle allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I erreichen.

Darüber hinaus entwickeln wir den „Medienkompass.rlp“, ein Angebot, um Fähigkeiten und Kenntnisse im Bereich Medienkompetenz nachzuweisen. Wer den Kompass hat, ist medienfit.

Meine sehr geehrten Herren, meine sehr geehrten Damen, wir werden unsere Schulen konsequent zu inklusiven Schulen weiterentwickeln,

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

in denen behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam lernen. Dafür stellen wir 200 Vollzeitlehrerstellen bis zum Jahr 2016 zur Verfügung. Auf jeden Fall aber werden die Eltern in Rheinland-Pfalz ein verbrieftes Wahlrecht haben, ihr Kind einer inklusiven Schule oder einer Förderschule anzuvertrauen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Unser Ziel ist, dass die Schulen in Rheinland-Pfalz die Stärken jeder Schülerin und jedes Schülers individuell fördern. Lehrerinnen und Lehrer brauchen Zeit und Raum, jedem einzelnen Kind gerecht zu werden. Deshalb haben wir uns in Rheinland-Pfalz früher als andere für die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen entschieden, und deshalb haben wir auch nie ein „Turbo-Abi“ eingeführt. Diesen erfolgreichen Weg werden wir weitergehen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir wollen das Land der Chancen sein. Ohne Schulabschluss, ohne qualifizierte Ausbildung, aber auch ohne regelmäßige Weiterbildung sind nicht nur die beruflichen Perspektiven gefährdet, sondern auch die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe. Deshalb gilt für uns: Wenn es trotz aller Anstrengungen im ersten Anlauf nicht oder noch nicht geklappt hat, muss es eine zweite und auch eine dritte Chance geben.

Wer keinen Schulabschluss erreicht hat, muss ihn nachholen können. Ich bin froh, dass wir mit dem Projekt „Keiner ohne Abschluss“ einen erfolgreichen Weg eingeschlagen haben. Im zweiten Projektjahr haben 87 % der Jugendlichen ihre zweite Chance genutzt und das Zeugnis der Berufsreife erhalten. Wer das Lesen nicht erlernt oder wieder verlernt hat, braucht ein neues Angebot. Deshalb haben wir eine Kampagne zur Alphabetisierung gestartet.

Die duale Ausbildung hat sich bewährt – im Handwerk, in der Industrie, ebenso in einigen Gesundheits- und Sozialberufen. Wir wissen aber auch, dass beide Systeme, das akademische wie das duale, umso mehr Chancen eröffnen, je durchlässiger sie füreinander sind. Deshalb ist uns der Hochschulzugang ohne Abitur so wichtig. Ganz gleich, welchen Weg die jungen Menschen in unserem Land wählen, jede Tür soll ihnen offen stehen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In einer älter werdenden Gesellschaft werden die Ausbildungsberufe in der Pflege immer wichtiger, aber auch anspruchsvoller. Deshalb wollen wir zusätzliche Qualifizierungsmöglichkeiten eröffnen. Über die Aussichten, dass ein neuer Studiengang an der Universität Trier im Bereich Pflege das bestehende Angebot der Hochschule Ludwigshafen und der Katholischen Hochschule in Mainz sinnvoll ergänzen wird, freue ich mich sehr.

Steigende Studierendenzahlen bestätigen unseren Weg, stellen uns aber auch vor große finanzielle Herausforderungen. Wir haben unseren Hochschulen in den vergangenen Jahren zusätzliche Mittel über das Sondervermögen „Wissen schafft Zukunft“ zur Verfügung gestellt. Wir haben den bundesweiten Hochschulpakt erfolgreich umgesetzt. Deshalb ist es an der Zeit, dass sich die Bundesregierung klar zur Fortsetzung und Ausfinanzierung des Hochschulpaktes bekennt. Wir sind dazu bereit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Herren und Damen, Hochschulen sind Zukunftswerkstätten. Sie müssen sich im internationalen Wettbewerb behaupten. Gleichzeitig aber will ich ihre Bedeutung als regionale Innovationszentren weiter stärken. Was wäre Kaiserslautern ohne seine Technische Universität und die Vielzahl der Forschungseinrichtungen und Ausgründungen? Was wäre Kaiserslautern ohne die unter dem Dach der Science Alliance zusammen geschlossenen zwölf Forschungsinstitute?

Rheinland-Pfalz hat einen anerkannten Platz in der Wissenschaftslandschaft. Wahr ist aber auch, die bundesweite Verteilung der überregionalen Forschungsförderung nimmt regionale Ausgewogenheit und Leistungsfähigkeit nicht immer in den Blick. Wissenschaftsförderung hat ihre eigenen Regeln, und aus politischer Sicht muss eine strukturpolitische Dimension dazukommen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Herren und meine sehr geehrten Damen, zu Lebenssicherheit gehören Bildung, ein gutes Auskommen, wirtschaftliche und finanzielle Stabilität. Zu einem guten Leben, zu menschlichem Reichtum, gehören Kunst und Kultur. Sie sind der schönste Ausdruck menschlicher Kreativität und Selbstbesinnung. Gerade in Zeiten des Umbruchs haben sie eine ganz besondere Bedeutung.

Rheinland-Pfalz ist ein starker Kulturstandort. In unserem Land sind bereits einige sehr schöne Orte des Weltkulturerbes, und weitere sollen dazu kommen. Die Pflege unserer großen kulturellen Tradition und die Förderung der kulturellen Vielfalt unseres Landes gehören zu den wichtigen Aufgaben der Landespolitik. In unserer Kulturszene ist Raum für Tradition und für Experiment. Wir brauchen Theater, Orchester und Museen, und wir sind stolz auf die Vielzahl herausragender Künstler und Ensembles. Unser Ziel ist es, jedem Menschen zu er-

möglichen, kulturell teilzuhaben und sich kreativ zu entwickeln. Beides ist mir ein besonderes Anliegen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Medienpolitik gehört zu den Kernkompetenzen der Länder in der föderalen Aufgabenteilung. Ich freue mich darauf, in der Tradition meiner Vorgänger seit Peter Altmeier den Vorsitz der Rundfunkkommission der Länder weiterzuführen.

Die Medienlandschaft befindet sich in einem gewaltigen Umbruch. Das Netz verändert die Kommunikation, die wirtschaftlichen Beziehungen, die Informationsbeschaffung, den Journalismus und auch die Demokratie. Es kommt darauf an, die Veränderungen so zu gestalten, dass die großen Chancen genutzt werden und die Gefahren beherrschbar sind. Für die Landesregierung geht es vor allem um Meinungsfreiheit, um Meinungsvielfalt, demokratische Teilhabe und die Verhinderung von Monopolen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir wollen allen Menschen in Rheinland-Pfalz die Möglichkeit der Digitalisierung eröffnen. Deshalb werden wir uns bei der Versorgung mit leistungsfähigem Breitband weiter engagieren.

Wir werden die Medienkompetenz nicht nur an den Schulen weiter stärken. Wir setzen dabei auf unsere starken Partner wie die Landesmedienkonferenz, die Volkshochschulen, den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit sowie den Verbraucherschutz.

Die Reform des SWR-Staatsvertrages werde ich zusammen mit der baden-württembergischen Landesregierung zu einem guten Ende führen. Wir gewährleisten, dass wir in Rheinland-Pfalz einen starken Landessender mit eigenen Verantwortlichkeiten für die aktuelle und kulturelle Berichterstattung aus und über das Land behalten. Die Kontrolle der Medienkonzentration muss angesichts der Digitalisierung weiterentwickelt werden. Dabei kommt es der Landesregierung darauf an, die regionale und lokale Berichterstattung im Rahmen des Konzentrationsrechts zu stärken.

Der Medienstandort Rheinland-Pfalz ist mir außerordentlich wichtig. Dazu zählen die Universitäten und die Fachhochschulen, und dazu zählen ZDF, SWR, RPR, große Verlagshäuser und viele mittelständische Medienunternehmen und kreative Start-ups. Wir müssen die Idee eines Netzwerks weiter konkretisieren. Wir brauchen exzellente Ausbildung und Forschung. Wir wollen das Wissen an den Hochschulen und die wirtschaftliche Innovationskraft der Unternehmen bündeln, um den Medienstandort Rheinland-Pfalz weiterzuentwickeln.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, alle demokratischen Parteien unseres Landes haben beim Aufbau und der

Entwicklung der Demokratie in Rheinland-Pfalz über Jahrzehnte hinweg Großes geleistet. Sie sind fest in den Dörfern und Städten des Landes verwurzelt, sie greifen die Sorgen, die Nöte, die Wünsche und Interessen der Bürger und Bürgerinnen auf, und sie verschaffen ihnen Gehör und politischen Einfluss.

Die Freude über diese vitalen Traditionen unserer Parteien darf uns aber nicht den Blick verstellen für die neuen Erwartungen selbstbewusster und aktiver Bürger und Bürgerinnen an die Politik. Das Verständnis von Demokratie hat sich gewandelt. Es erstreckt sich heute nicht mehr „nur“ auf die Instrumente der repräsentativen Demokratie: auf Parteien, Wahlen, Parlamente. Es schließt immer mehr auch die Möglichkeiten der direkten Demokratie, der unmittelbaren Beteiligung, mit ein.

Das ist aus meiner Sicht ein Segen; denn die Politik kann von mehr Beteiligung nur profitieren. Wir sind sogar darauf angewiesen; denn wir können heute in vielen Politikfeldern nicht mehr erfolgreich handeln, wenn sich Bürger und Bürgerinnen nicht aktiv einbringen. Deshalb ist mir wichtig, dass sich Betroffene äußern und Bürger und Bürgerinnen die Möglichkeit haben, politische Sachfragen unmittelbar mit zu diskutieren und mit zu entscheiden. Repräsentative und Elemente der direkten Demokratie werden heute nicht mehr als Gegensätze empfunden, sondern als unterschiedliche Wege, zu besten Lösungen beizutragen.

Deshalb will ich die Formen der Zusammenarbeit von Bürger und Staat in unserem Land neu justieren. Deshalb will ich, dass staatliches Handeln transparenter und die Beteiligung leichter wird. Ich will das bürgerschaftliche Engagement weiter stärken und den Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen pflegen und intensivieren. Die Enquete-Kommission des Landtags leistet hier hervorragende Arbeit. Ich danke allen Fraktionen dafür.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Unsere Demokratie ist eine Sache mündiger und gut informierter Bürger und Bürgerinnen. Hier hat die Politik eine Bringschuld, sie muss sich erklären, ihre Vorhaben und Entscheidungsgrundlagen nachvollziehbar machen, veröffentlichen, Barrieren abbauen, sich öffnen. Sie muss transparenter werden, auch und gerade mithilfe der neuen Medien.

Durchsichtig und transparent heißt dabei nicht gläsern. Natürlich gibt es Grenzen. Sie sind dem Schutz persönlicher Daten, den Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen und auch staatlichen Sicherheitsinteressen geschuldet. Im Vordergrund aber steht das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf umfassende Information. Dem will ich durch ein Transparenzgesetz entsprechen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir werden im Laufe der Legislaturperiode unser Informationsfreiheitsgesetz aus dem Jahr 2008 novellieren und mit dem Umweltinformationsgesetz verbinden. Während das Informationsfreiheitsgesetz vorsieht, dass Bürger Informationen erhalten, wenn sie nachfragen,

regelt das neue Transparenzgesetz, dass die Verwaltung ihre Informationen in den genannten Grenzen zur Verfügung stellt, sodass der Bürger jederzeit Zugriff hat. Die vorgesehenen Änderungen sind also nicht nur technischer Natur. Sie sollen einen Kulturwandel im Staat, speziell der Verwaltung, bewirken.

In gut einem Monat wird die Landesregierung eine internetgestützte Rheinland-Pfalz-Plattform auf der CEBIT vorstellen und in Betrieb nehmen. Auf dieser Plattform werden wir schrittweise alle Informationen und Daten veröffentlichen, die für die Bürger und Bürgerinnen interessant und von Nutzen sein können.

Die digitalen Medien verändern unsere Welt grundlegend und eröffnen uns schier unendlich viele Möglichkeiten. Das bedeutet mehr Freiheit, aber auch mehr Verantwortung. Ich möchte eine öffentliche Diskussion darüber anstoßen, wie die digitale Welt unsere Gesellschaft verändert und welche ethischen und moralischen Fragen und Aufgaben sich daraus für uns ergeben. Dazu werde ich einen ständigen Landesrat für digitale Entwicklung und Kultur ins Leben rufen und unmittelbar an die Staatskanzlei anbinden. Ihm sollen Vertreter und Vertreterinnen der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft angehören.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Viele Bürger und Bürgerinnen wollen heute mehr und direkter an den politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Deshalb möchte ich die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung verbessern und die Instrumente der direktdemokratischen Teilhabe ausbauen.

Dazu gehört für mich, dass das Quorum für Volksbegehren deutlich abgesenkt wird. Sind bisher 300.000 Unterschriften, das heißt 10 % der Wahlbevölkerung, nötig, um ein Volksbegehren zu stellen, möchte ich die Hürde auf 150.000 Unterschriften halbieren. Dankenswerterweise beschäftigt sich die Enquete-Kommission „Bürgerbeteiligung“ mit diesen Fragen. Ich würde sehr begrüßen, wenn sie sich auf eine Absenkung des Quorums verständigen könnte.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Noch in diesem Jahr wird die Landesregierung einen Fahrplan für mehr Bürgerbeteiligung vorlegen, der sich auf die Empfehlungen der Enquete-Kommission des Landtags stützt. Er wird auch die Kommunen mit einbeziehen. Durch die Schaffung von Online-Beteiligungsplattformen werden wir die modernen Medien nutzen. Bürgerbeteiligung wird eine Querschnittsaufgabe der Verwaltung.

Es ist für mich unerlässlich, dass wir auch bei der Bürgerbeteiligung größtmögliche Gerechtigkeit herstellen. Jeder, unabhängig von Alter, Geschlecht, Bildung, Herkunft, Einkommen, sexueller Identität und körperlicher Verfassung, muss die Möglichkeit zur Teilnahme an Partizipationsprozessen haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb muss der Zugang zur Beteiligung in einem umfassenden Sinn barrierefrei und diskriminierungsfrei gestaltet sein.

Größtmögliche Gerechtigkeit in der Beteiligung bezieht sich aber auch auf die Formen der repräsentativen Demokratie. Das bedeutet – und das sage ich in Richtung Bundesregierung –: Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten, die dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland leben, müssen das aktive und passive Kommunalwahlrecht erhalten.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Der Anteil von Frauen in kommunalen Vertretungsorganen muss deutlich erhöht werden. Daher streben wir Maßnahmen an, die bereits für die kommende Kommunalwahl 2014 greifen sollen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Herren, meine sehr geehrten Damen, zu einer gestaltungsfähigen Politik gehört für mich auch eine lebendige soziale Kultur, das heißt, die selbstverständliche Sorge um den Nachbarn, den Nächsten, die Pflege von Gemeinschaft und die Freude, etwas für sie tun zu können. Rheinland-Pfalz liegt beim bürgerschaftlichen Engagement im Ländervergleich heute mit Niedersachsen und Baden-Württemberg auf Platz 1. Das „Wir“ wird in unserem Land ganz groß geschrieben, ob in Sport- oder Jugendverbänden, Eltern- oder Seniorenbeiräten, sozialen Vereinigungen, in Selbsthilfeorganisationen oder bei der freiwilligen Feuerwehr und den Rettungsdiensten.

Dennoch gibt es noch viele Menschen, die sich engagieren würden, wenn sie wüssten, wo und wie. Ob Jung oder Alt, ich möchte Sie alle sehr, sehr herzlich einladen, sich einzubringen. Unsere Gesellschaft braucht Bürger und Bürgerinnen, die einander helfen, raten, die unsere Gemeinschaft – gleich auf welcher Ebene – bereichern und lebendig halten. Ich werde sie mit ganzer Kraft dabei unterstützen.

Ich will die Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement weiter verbessern, darüber hinaus aber auch aktiv auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen. Deshalb werde ich einen Beauftragten für ehrenamtliches Engagement berufen. Er wird die Bürgerinnen und Bürger direkt vor Ort ermuntern, sich zu engagieren, und ihnen neue Möglichkeiten des Engagements eröffnen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich freue mich, dass ich für diese Aufgabe Herrn Bernhard Nacke gewinnen konnte. Wir haben ihn bisher als Leiter des Katholischen Büros kennen- und schätzen gelernt.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Herren, meine sehr geehrten Damen, liebe Kollegen und Kolleginnen und noch einmal liebe Louise Grohme.

Wir leben in einem prosperierenden Land, einem Land voll natürlicher Schönheit, voller Ressourcen und Innovationskraft. Natürlich haben wir auch mit Herausforderungen zu tun, wie jede Generation auf unterschiedliche Weise. Aber wir haben auch Zuversicht mit gutem Grund – die Bürgerinnen und Bürger, die gesellschaftlichen Institutionen und auch die Politik.

In Rheinland-Pfalz ist das Gefühl und die besondere Fähigkeit, zusammenarbeiten zu können, ein entscheidendes Potenzial, ein Potenzial, das wir gerade heute brauchen. Wir brauchen es zum Beispiel in der Wirtschaft. Unsere gut funktionierende Sozialpartnerschaft hat uns geholfen, die Finanzkrise besser als anderswo zu bewältigen. Wir brauchen es, wenn wir sagen, der wirtschaftliche Erfolg der Zukunft muss und kann auch nur sozial und ökologisch sein.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir brauchen unsere Fähigkeit zum Dialog, zur Kooperation heute vor allem auch im Verhältnis von Bürger und Staat. Deshalb hat mich das Mutmachen vieler Bürger und Bürgerinnen bei meinem Amtsantritt so gefreut, und ich will die gewonnene Kraft gerne zurückgeben, indem ich die Koalition erfolgreich weiterführe, indem ich mit Zuversicht daran arbeite, dass wir morgen sagen können: Rheinland-Pfalz bietet immer neue Chancen, es hat starke Regionen und attraktive Wohn- und Arbeitsplätze. Es gibt hier gute Arbeit und hoch qualifizierte Fachkräfte. Es ist ein Land der Innovationen, ein Land, in dem die Menschen selbstbestimmt leben,

das die natürlichen Lebensgrundlagen schützt. Es ist an seinen Grenzen ein guter Nachbar und international ein guter Partner.

Ich bin mir sicher, dass wir das erreichen. Wir haben beste Voraussetzungen: ein starkes rot-grünes Team, ein zukunftstaugliches Programm, einen klaren Kompass, verlässliche Partner und Partnerinnen und viele engagierte Bürger und Bürgerinnen.

Meine sehr geehrten Herren, meine sehr geehrten Damen, ich bin mir sicher, dass wir auch in Zukunft sehr viel gemeinsam für unser Land erreichen.

Herzlichen Dank.

(Lang anhaltend Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als Gäste begrüße ich Feuerwehrseniorinnen und -senioren aus Bad Sobernheim. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ferner begrüße ich die Betriebsräte des Flughafens Frankfurt-Hahn. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich schließe die heutige Sitzung und darf Sie zur morgigen Sitzung mit der Aussprache über die Regierungserklärung um 09:30 Uhr einladen.

Ende der Sitzung: 12:26 Uhr.